



FDP - Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An  
Herrn Oberbürgermeister  
Peter Jung  
Rathaus  
Johannes-Rau-Platz 1  
  
42275 Wuppertal

Es informiert Sie     Andrea Sperling  
  
Anschrift               Rathaus Barmen  
                              Johannes-Rau-Platz 1  
                              42275 Wuppertal  
  
Telefon (0202)         563-6272  
Fax (0202)             563-8573  
E-Mail                 sperling@fdp-wuppertal.de  
  
Datum                 14.03.2007

**Große Anfrage**

**Drucks. Nr.         VO/0264/07**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am                     Gremium  
**26.03.2007**                     **Rat der Stadt Wuppertal**

---

## WSW-Demo

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Regierungskoalition im Land aus FDP und CDU wird durch eine Novelle der Gemeindeordnung die privatwirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen auf den Kernbereich der Daseinsvorsorge beschränken.

FDP und CDU wollen so die kleinen und mittleren Betriebe vor unfairer Konkurrenz aus dem öffentlichen Bereich schützen und einen fairen Ausgleich der Interessen von Privat- und Kommunalwirtschaft erreichen.

Gegen diese Pläne haben am 07. März 2007 auch 1.700 Menschen aus Wuppertal – laut Presseberichterstattung zumeist Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der WSW – in Düsseldorf demonstriert.

Es ist das gute Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers, gegen politische Vorhaben Position zu beziehen. Auch wenn die dabei zum Ausdruck gebrachte Meinung nicht die der FDP ist, begrüßen die Liberalen ausdrücklich das damit verbundene politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dieses darf aber nicht auf Kosten der Gebühren- und Steuerzahler gehen.

Vor diesem Hintergrund fragt die FDP-Fraktion im Rat der Stadt daher an:

1. Haben Beschäftigte der WSW an der Demonstration gegen die ordnungspolitische Modernisierung des Gemeindefinanzrechts in Düsseldorf am Mittwoch, 07. März 2007, teilgenommen?

2. Haben diese Beschäftigten für die Dauer der Demonstration einschl. An- und Abreise Urlaub beantragt oder wird die verlorene Dienstzeit in anderer Weise vor- oder nachgearbeitet? Falls nein, in welcher Höhe sind dem kommunalen Unternehmen dadurch Kosten entstanden, die in letzter Konsequenz von den Steuer- und Gebührenzahlern zu tragen sind?
3. Haben die WSW für „seine“ Demonstranten einen Transfer zur Protestveranstaltung organisiert? Falls ja, wurden den Beschäftigten die entstandenen Kosten für ihre Privataktivität in Düsseldorf in Rechnung gestellt?
4. In welcher Höhe sind den WSW insgesamt Kosten durch den Protest gegen die Neuordnung des Kommunalwirtschaftsrechts entstanden?

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Henke

– Fraktionsvorsitzender –